



II-3851 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich  
DER BUNDESKANZLER  
Zl. 39.913-PrM/74

17. Dezember 1974

1804/A.B.  
zu 1820/J.  
Präs. am 18. Dez. 1974

An den  
Präsidenten des  
Nationalrates  
Herrn Anton BENYA

1010 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat MELTER, Dr. STIX und Genossen haben am 22. Oktober 1974 unter der Nr. 1820/J an die Bundesregierung eine Anfrage betreffend besorgniserregende Entwicklung der Wirtschaft - Zunahme der Ausgleichs- und Konkursverfahren, gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

1. "In wievielen Fällen haben betroffene Firmen unter den Aktiven noch Rechnungen gegenüber öffentlich-rechtlichen Körperschaften ausgewiesen, bzw. um welche Beträge im Vergleich zur Gesamtsumme der Verpflichtungen hat es sich dabei gehandelt?
2. Wie hoch sind die unbeglichenen steuerlichen Verpflichtungen der insolventen Firmen?
3. Wieviele Arbeitsplätze sind durch Ausgleichs- und Konkurse in den ersten neun Monaten dieses Jahres in den einzelnen Bundesländern verlorengegangen?"

Ich beehre mich, diese parlamentarische Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt zu beantworten:

./.

Vor der Beantwortung der einzelnen Detailfragen möchte ich einige grundsätzliche Feststellungen treffen.

Trotz intensiver Bemühungen von Politik und Wissenschaft verläuft die Konjunktur in der freien Marktwirtschaft nicht ungebrochen. Das Primat der österreichischen Wirtschaftspolitik kommt derzeit der Stabilitätspolitik zu. Im Zuge dieser Stabilitätspolitik kommt es im Bereich der Finanz- und Kreditpolitik für einzelne Wirtschaftsbereiche oder einzelne Unternehmer manchmal zu empfindlichen Maßnahmen. So sehr solche Maßnahmen der Konjunkturpolitik sowie auch Auswirkungen des Konjunkturzyklus in Einzelfällen bedauerlich erscheinen, stellen sie einen wesentlichen Bestandteil der freien Marktwirtschaft dar und haben häufig auch positive Auswirkungen. Sie ermöglichen bzw. beschleunigen notwendige Strukturanpassungen, beseitigen oft Kapitalfehlleitungen und dauernde Defizitquellen im öffentlichen und privaten Bereich, erhöhen die berufliche und regionale Mobilität der Arbeitskräfte und wirken im allgemeinen produktivitätsfördernd und ökonomisch fortschrittlich.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß als Gründe für die derzeit bestehenden Schwierigkeiten nur zum Teil direkte konjunkturelle Einflüsse maßgebend sind. Daneben wirken vor allem oft das schlechte Management, das durch die Mängel des innerbetrieblichen Rechnungswesens bedingte Fehlen geeigneter Kalkulationsgrundlagen und dergleichen, auch zum Teil veraltete Produktionsmittel und oft vergleichsweise zu hohe Privatentnahmen bei Familienunternehmen.

- 3 -

Zu Frage 1:

Bei der Feststellung etwaiger offener Rechnungen unter den Aktiven der im Konkurs- und Ausgleichsverfahren betroffenen Firmen gegenüber öffentlich-rechtlicher Körperschaften handelt es sich meiner Ansicht nach um keinen Akt der Vollziehung, sondern um einen solchen der Rechtssprechung, der nicht Gegenstand der Verhandlung einer Parlamentarischen Anfrage sein kann.

Dessen ungeachtet möchte ich Ihnen aber eine Übersicht über die Zahl der eröffneten Konkurs- und Ausgleichsverfahren geben und zu Vergleichszwecken die entsprechenden Zahlen der Jahre 1968, 1969 sowie 1973 bzw. die Zahlen des jeweiligen Zeitraumes 1. Jänner bis 30. September der Jahre 1968 und 1969 sowie 1973 und 1974 gegenüberstellen.

Konkurse: 1. Jänner bis 30. September

1968	1969	1973	1968	1969	1973	1974
764	730	556	558	549	402	580

Ausgleichsverfahren: 1. Jänner bis 30. September

1968	1969	1973	1968	1969	1973	1974
415	381	268	307	284	185	288

Zu Frage 2:

Die Abgabenschulden der insolventen Firmen ersuche ich, der nachfolgenden Aufstellung aufgeschlüsselt nach den

- 4 -

einzelnen Finanzlandesdirektionen zu entnehmen.

Finanzlandes- direktion	Konkursforderungen	Ausgleichs- forderungen	S u m m e
Wien, NÖ u. Bgl.	169,766.470,35	41,268.919,05	211,035.389,40
Oberösterreich	47,797.876,78	3,906.671,56	51,704.548,34
Steiermark	23,060.817,03	10,420.505,77	33,481.322,80
Salzburg	25,334.899,22	5,076.020,52	30,410.919,74
Kärnten	10,550.582,61	4,633.525,37	15,184.107,98
Tirol	19,054.438,--	1,092.439,--	20,146.877,--
Vorarlberg	10,659.937,10	3,202.865,60	13,862.802,70
Bundessumme	306,225.021,09	69,600.946,87	375,825.967,96
=====			

Zu Frage 3:

Die von der Arbeitsmarktverwaltung geführten Statistiken sind nicht auf Arbeitsplätze, sondern auf die Zahl der Beschäftigten und Arbeitslosen abgestellt. Dies ergibt sich aus der bestehenden marktwirtschaftlichen Ordnung, in deren Gefolge ständig Strukturveränderungen in der Wirtschaft sowie in den einzelnen Betrieben auftreten, die selbst bei Fortbestand von Betrieben die Auflösung veralteter Arbeitsplätze und ihren Ersatz durch neue zur Folge haben. Die arbeitsmarktpolitisch allein bedeutsamen Beschäftigten- und Arbeitslosenzahlen haben sich global im Vergleich von Ende September 1973 bis Ende September 1974 äußerst günstig entwickelt. Die Zahl der Beschäftigten ist in diesem Zeitraum von

- 5 -

2,668.746 auf 2,706.896 gestiegen, was eine Zunahme der Arbeitsplätze um 38.150 bedeutet. Im Gefolge dieser Entwicklung hat sich die Zahl der Arbeitslosen im gleichen Zeitraum von 29.257 auf 23.871 verringert, wodurch die Arbeitslosenrate von 1,1 % auf 0,8 % zurückging. Die Zahl der verbleibenden Arbeitslosen beinhaltet vor allem bedingt Vermittlungsgerechte (70 %) d.s. insbesondere Frauen mit Familienverpflichtungen (50 %).

Eine derart positive Arbeitsmarktentwicklung ist nur auf der Basis einer sich dynamisch entwickelnden und verändernden Wirtschaft möglich, in der die Arbeitskräfte laufend produktiveren Arbeitsplätzen zugeführt werden. Diese Umsetzungen werden durch das mobilitätsfördernde Instrumentarium nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz und da vor allem durch die Gewährung von Beihilfen zur Umschulung weitestgehend unterstützt, gleichgültig ob sie innerhalb eines Betriebes oder von einem Betrieb zum anderen erfolgen.

Darüberhinaus kommen Betrieben, die sich in Schwierigkeiten befinden, die Förderungsmaßnahmen nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz zum Ausgleich längerfristiger Beschäftigungsschwierigkeiten zugute.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Vorgangsweise anlässlich der Kündigungen bei der Firma SWAROVSKI/Wattens verweisen.

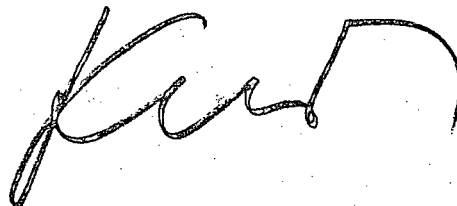
Zum 31. Oktober 1974 wurden vom genannten Unternehmen insgesamt 162 Arbeitskräfte gekündigt und zwar 122 Männer (79 Inländer, 43 Ausländer) 40 Frauen (20 Inländer, 20 Ausländer).

Weitere 39 Arbeitskräfte haben aus eigenem Antrieb selbst

- 6 -

das Dienstverhältnis gelöst; sie haben sich beim Landesarbeitsamt Tirol nicht gemeldet.

Von 162 gekündigten Arbeitskräften steht nur ein kleiner Teil (Frauen mit Halbtagsbeschäftigung bzw. Ortsgebundenheit und Männer, die ihren Präsenzdienst demnächst ableisten werden) im Leistungsbezug nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz. Alle anderen Arbeitskräfte wurden unter Mitwirkung der Arbeitsämter auf andere Arbeitsplätze vermittelt. Da die Schwierigkeiten, in die dieses genannte Unternehmen durch den Exportausfall geraten ist, alle Betriebsabteilungen betreffen, gehören die gekündigten Arbeitskräfte verschiedensten Qualifikationsstufen und Berufen an. Die Vermittlung dieser Arbeitnehmer bereitete keine besonderen Schwierigkeiten, da vornehmlich die kunststoffverarbeitenden Betriebe in Tirol in der Lage waren, diese Arbeitskräfte aufzunehmen.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Kurt', with a stylized, flowing script.